



DER PRÄSIDIALSEKRETÄR  
IL SEGRETARIO QUESTORE  
L SECRETËR CUESTOR

Bozen, 10.06.2011

bearbeitet von:  
Dr.<sup>in</sup> Helen Seehauser  
Tel. 0471 946 275  
helen.seehauser@landtag-bz.org

An den  
Präsidenten  
des Südtiroler Landtages  
Mauro Minniti

Im Hause

## Beschlussantrag

### ARBEITSSITUATION DER MITARBEITERINNEN FÜR INTEGRATION

Die Landesregierung trägt sich laut Angaben der MitarbeiterInnen für Integration von Kindern und SchülernInnen mit Behinderung mit der Absicht, die Dienstzeit dieser verdienten Personen ab kommenden Herbst in Teilzeitarbeit umzuwandeln, um auf diese Weise, so scheint es, Arbeitsplätze zu sparen bzw. die von dieser Kategorie geleistete Arbeit mehr und mehr den IntegrationslehrerInnen und IntegrationskindergärtnerInnen zu übertragen.

Diese Absicht hat unter dem in Frage kommenden Betreuungspersonal, aber darüber hinaus auch unter den Behinderten selbst und in ihren Familien großes Beunruhigen ausgelöst. Die Gewerkschaftsvertretungen und viele Verantwortliche der Politik und des öffentlichen Lebens, darunter auch Mitglieder der Landesregierung selbst, haben sich eindeutig auf die Seite dieser Personen gestellt, deren Arbeitsplätze nun gefährdet erscheinen.

In einer auf die soziale Solidarität ausgerichteten Gesellschaft, in der die Werte der Solidarität, der Hilfe für die Schwächeren, aber auch der Sicherung von notwendigen Arbeitsplätzen zur gesellschaftspolitischen Grundausrichtung gehören, steht eine solche Entwicklung im krassen Gegensatz zu all dem, wofür die sozialen Kräfte seit Jahrzehnten gearbeitet haben.

Hier wird aus Überlegungen der Einsparung von öffentlichen Mitteln der Weg einer Reise in die Armut und in die soziale Kälte geebnet. Die öffentliche Hand schickt sich an, Menschen die Lebensgrundlage zu nehmen, und dies zu einer Zeit und in einer Situation, in welcher der Arbeitsplatz eine besonders wichtige Rolle spielt. Durch den Abbau und die Schrumpfung der oben genannten Arbeitsmöglichkeiten kommt ein für die Südtiroler Gesellschaft wesentliches Gefüge ins Wanken:

- Betreuerinnen und Betreuer verlieren die Arbeit;
- die Betreuten verlieren eine Hilfe, auf die sie angewiesen sind;
- die Familien der Betreuten kommen in eine finanzielle und psychische Notlage;
- die Ressourcen, welche in die fachliche Ausbildung dieser Menschen investiert worden sind, verlieren ihre Nachhaltigkeit.
- der ohnehin noch angespannte Südtiroler Arbeitsmarkt wird zusätzlich belastet.

In Erwägung der oben aufgezeigten Umstände, und in der Wahrnehmung seiner sozialpolitischen Verantwortung,

**verpflichtet der Südtiroler Landtag die Südtiroler Landesregierung  
zu folgenden Verhaltensweisen und Maßnahmen:**

1. Vom Vorhaben einer Reduzierung des Betreuungspersonals abzusehen;
2. weiter die Vollzeitbeschäftigung dieses Personals zu gewährleisten;
3. die Anerkennung der fachlichen Ausbildung in der Heilpädagogik, Methodik und Didaktik dieses Personals zu sichern;
4. die notwendigen Zeitressourcen für die persönliche Vor- und Nachbereitung, für die Teilnahme an den verschiedenen Sitzungen innerhalb und außerhalb der Schulgemeinschaft und für die Elternarbeit zu sichern;
5. die nachhaltige Absicherung dieser Berufssparte zu betreiben, indem auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse der Bedarf an diesem Personal für die nächsten Jahre und Jahrzehnte errechnet und dessen Ausbildung und Beschäftigung gesichert wird;
6. die öffentliche Meinung, vor allem aber die direkt betroffenen Betreuten und ihre Familien zu beruhigen und in ihrer Notlage weiterhin effektiv zu unterstützen.

gez. L.Abg. Georg Pardeller